



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen des
Vereins Deutsche Sprache e. V.**

1. Stellung der deutschen Sprache

Die Unionsparteien CDU/CSU wollen die deutsche Sprache „als Amtssprache, als Kultursprache und als Umgangssprache, in der Familie, in der Schule und im Alltag, auf allen Ebenen“ stärker fördern und wertschätzen. Keine Aussagen machen CDU/CSU zur Stellung der deutschen Sprache in den Einrichtungen der Europäischen Union.

1.1 Würden CDU/CSU die Forderung des VDS unterstützen, Deutsch als Landessprache im Grundgesetz zu verankern? Bitte die Gründe für die Antwort anführen.

Antwort:

Die deutsche Sprache ist wesentlicher Ausdruck unserer reichen Kultur. CDU und CSU bekennen sich ausdrücklich zur Pflege unserer Sprache. Wir wollen ihre Ausdruckskraft erhalten und auf verständliche Texte achten. Sprachdefizite bei Kindern und Jugendlichen müssen frühzeitig erkannt und beseitigt werden. Daher werden wir für das Deutschlernen werben und die benötigten finanziellen Mittel zur Förderung der deutschen Sprache im In- und Ausland bereitstellen. So entsprechen wir auch dem ungebrochen großen Interesse am Erlernen unserer Sprache im Ausland. Die Goethe-Institute, die deutschen Auslandsschulen und die Deutsche Welle leisten dazu einen wichtigen Beitrag. Wir wollen mit der Verankerung der deutschen Sprache im Grundgesetz die herausragende Stellung des Deutschen als grundsätzliches Verständigungsmittel in unserer Gesellschaft betonen.

1.2 Werden sich CDU/CSU um eine Stärkung der deutschen Sprache in den EU-Einrichtungen bemühen und – wenn ja – mit welchen Mitteln?

Antwort:

Die deutsche Sprache ist neben Englisch sowie Französisch eine der drei Arbeitssprachen der Europäischen Union. CDU und CSU werden darauf hinwirken, dass die europäischen Institutionen die Gleichberechtigung des Deutschen als Arbeitssprache akzeptieren und auch praktizieren. Die gleichberechtigte Verwendung der deutschen Sprache als Arbeitssprache der europäischen Institutionen muss auch in der Übersetzungspraxis und bei der Bereitstellung von Übersetzungsdokumenten angewandt werden. Bei allen Veröffentlichungen, Datenbankstandards, Konferenzen und Ausschreibungen ist Deutsch den anderen dabei verwendeten Sprachen gleichzustellen.

2. Deutsch als Sprache der Wissenschaft

Deutsch wird als Wissenschaftssprache gegenwärtig verdrängt. In praktisch allen Fachrich-

tungen herrscht ein Zwang zum Englischen.

2.1 Welche Maßnahmen will die Union ergreifen, um Deutsch als Publikations- und insbesondere als Lehrsprache zu erhalten und zu stärken?

Antwort:

CDU und CSU sind der Überzeugung, dass das Thema „Deutsch als Wissenschafts- und Kultursprache“ nicht im Sinne einer Konkurrenz zwischen Englisch und Deutsch aufzufassen ist, sondern im Sinne einer Komplementarität. Die Internationalisierung der Wissenschaft bedeutet, dass sich eine mehrsprachige Wissensgemeinschaft herausbildet, die zum einen des Englischen als lingua franca mächtig ist, um an der weltweiten Fachkommunikation teilzuhaben. Zum anderen gibt sie die eigene Sprache nicht auf, sondern ist vielmehr in dieser Sprache so erfolgreich, dass ausländische Kollegen und Nachwuchskräfte sie sich aneignen wollen.

2.2 Was werden die Unionsparteien dafür tun, dass die EU eine europäische, d. h. vielsprachige wissenschaftliche Publikationsdatenbank aufbaut und kostenlos anbietet?

Antwort:

CDU und CSU wollen prüfen, ob und inwieweit die Europäische Digitale Bibliothek (Europeana) so erweitert werden kann, dass sie allen Interessierten nicht nur den Zugang zum gemeinsamen kulturellen Erbe ermöglicht, sondern darüber hinaus ihre internationale Anschluss- und Wettbewerbsfähigkeit in Wissenschaft, Forschung und Bildung mit einer vielsprachigen Publikationsdatenbank sicherstellt.

3. Deutsch in der Schule und als Mittel zur Integration

Für CDU/CSU ist die deutsche Sprache Ausdruck einer Leitkultur und bekommt im Regierungsprogramm eine grundlegende Funktion bei der Integration von Zuwanderern.

3.1 Auf welche Weise sollen die Herkunftssprachen von Zuwanderern in den Schulunterricht einbezogen werden?

Antwort:

CDU und CSU begrüßen es, wenn es gelingt, einen jeweils eigenständigen Fremdsprachenunterricht in den Herkunftssprachen der Menschen mit Einwanderungsgeschichte in den öffentlichen Schulen anzubieten. In einer globalisierten Welt sind mehrsprachige

Menschen wichtige Brückenbauer mit Blick auf interkulturelle Kompetenzen, gesellschaftlichen Zusammenhalt und wirtschaftlichen Austausch. Dessen ungeachtet bleibt das Beherrschen der deutschen Sprache entscheidend für die Integration und den Bildungserfolg hierzulande.

3.2 Wie will die Union die Kenntnis der deutschen Sprache bei Zuwanderern verbessern, wenn in immer mehr Schulfächern der Unterricht in englischer Sprache (z. B. in naturwissenschaftlichen Fächern, in Geschichte oder Heimatkunde) erfolgt?

Antwort:

Das Beherrschen der deutschen Sprache ist entscheidend für den Bildungserfolg aller in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen. Daher hat die unionsgeführte Bundesregierung das Programm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ gestartet. Mit dem Programm fördern wir alltagsintegrierte sprachliche Bildung als festen Bestandteil in der Kindertagesbetreuung. Vom Programm „Sprach-Kitas“ profitieren vor allem Kitas, die von einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Kindern mit einem besonderen sprachlichen Förderbedarf besucht werden. Weitere Schwerpunkte neben der sprachlichen Bildung sind die inklusive Pädagogik und die Zusammenarbeit mit den Familien. Die Sprach-Kitas werden zum einen durch zusätzliche Fachkräfte für sprachliche Bildung unterstützt, die direkt in der Kita tätig sind. Zum anderen werden sie kontinuierlich durch eine Fachberatung begleitet. Von 2016 bis 2020 stellt der Bund insgesamt eine Milliarde Euro für dieses Programm bereit. Damit können rund 7000 zusätzliche halbe Fachkraftstellen in den Kitas und in der Fachberatung geschaffen werden.

Darüber hinaus halten es CDU und CSU für unerlässlich, dass auch in den Primar- und Sekundarschulen entsprechend dem Bedarf zusätzlicher Deutschunterricht stattfindet. Hierfür sind entsprechend der Ordnung des Grundgesetzes allein die Länder zuständig.

4. Deutsch im Verbraucherschutz und in der Verwaltung

Die Union fordert hohe Standards im Verbraucherschutz und will die Verwaltung bürgerfreundlicher gestalten. Viele Waren werden in Deutschland jedoch nur in englischer Sprache gekennzeichnet und in den Behörden und öffentlichen Einrichtungen herrscht ein Zwang, die deutsche Sprache geschlechtergerecht umzugestalten.

4.1 Welche Rolle spielt eine klare und verständliche Sprache für die Union beim Verbrau-

cherschutz, z.B. bei der Benennung, Erklärung und Auszeichnung von Waren?

Antwort:

CDU und CSU ist die Verwendung allgemeinverständlicher Begriffe bei verbraucherrelevanten Informationen ein großes Anliegen. Die richtige und verständliche Information ist eine unverzichtbare Voraussetzung für eigenverantwortliche Entscheidungen der Verbraucherinnen und Verbraucher. Heute stehen ihnen in der Regel zu den Produkten, die sie erwerben, und zu den Dienstleistungen, die sie in Anspruch nehmen, sehr viele Informationen zur Verfügung. CDU und CSU fordern daher: Verbraucherinformationen müssen klar, wahr, verständlich und leicht zugänglich sein. Gute Information ermöglicht eine Orientierung mit vertretbarem Zeitaufwand. Das ist unser Ziel und daran werden wir weiter arbeiten.

Dieser Anspruch kann aber nur erfüllt werden, wenn bei der Verbraucherinformation die deutsche Sprache korrekt eingesetzt wird. Zwar prägen internationale Einflüsse immer mehr unsere Sprache – das gilt vor allem für die Übernahme von englischen Ausdrücken. Bei der Übernahme von Anglizismen in die Verbraucherinformation kann es jedoch leicht zu Verständnisproblemen kommen: zum einen weil ein großer Teil der Bevölkerung, vor allem die Älteren, die englische Sprache nicht ausreichend beherrscht, zum anderen weil die Begriffe selbst nicht korrekt verwendet werden. Deshalb sprechen wir uns dafür aus, bei Verbraucherinformationen möglichst die deutsche Sprache einzusetzen und bei Pflichtangaben – etwa mit Gesundheits- oder Sicherheitsrelevanz, bei Beschilderungen und Leitsystemen, zum Beispiel in Bahnhöfen oder Flughäfen, immer die deutsche Sprache zu verwenden. Fremdsprachige Informationen können ergänzend hinzukommen, das sogenannte „Denglisch“ gilt es aber zu vermeiden. Besonders wichtig ist uns zudem, dass Gesundheitsprodukte verständlich ausgewiesen sind. Deshalb setzen sich CDU und CSU dafür ein, dass beispielsweise die Inhalts- und Ursprungsstoffe von homöopathischen Mitteln in der EU in der jeweiligen Landessprache angegeben werden.

4.2 Wie stehen CDU/CSU zu den Auswirkungen der administrativ verordneten sog. „geschlechtergerechten Sprache“ auf das Standarddeutsche, dessen Funktionalität als Kommunikationsmittel dadurch eingeschränkt wird?

Antwort:

Aus dem deutschen Verfassungsrecht ergibt sich eine Verpflichtung des Staates für eine aktive und wirkungsvolle Gleichstellungspolitik. Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes be-

stimmt nach der Änderung von 1994 nicht nur: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ (Art. 3 Abs. 2 S. 1 GG), sondern der Staat wird nunmehr ausdrücklich in die Pflicht genommen, indem er „die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern“ zu fördern und „auf die Beseitigung bestehender Nachteile“ hinzuwirken hat (Art. 3 Abs. 2 S. 2 GG). Vor diesem Hintergrund fassten Bund und Länder inzwischen Kabinettsbeschlüsse u. a. auch zur konsequenten Umsetzung einer geschlechtergerechten Sprache in Politik und Verwaltung.

Entsprechend wollen CDU und CSU als dem Rechtsstaat verpflichtete Parteien im Schriftverkehr auf die sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern achten und geschlechtsneutrale Personenbezeichnungen bzw. Paarformeln verwenden. Allerdings schließen wir Formulierungen mit dem „generischen Maskulinum“ auch nicht gänzlich aus. Zudem werden wir bestimmte Gender-Übertreibungen sicherlich vermeiden. Hierzu zählen beispielsweise „Student_innen“, das Begriffskonstrukt „frau“ anstelle von „man“; aber auch weitere oft eingeforderte Schreibweise wie die Formulierungen „Inter*“ und „Trans*“ für Menschen mit wechselnder oder nicht eindeutiger Geschlechtsidentität.